

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 13. Ratssitzung vom 5. September 2018

330. 2017/458

Postulat von Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) und Walter Anken (SVP) vom 13.12.2017:

Einschränkung des Suchverkehrs in der «Blauen Zone» durch Erweiterung der Gültigkeit der Anwohner-Parkkarten auf die angrenzenden Kreise der Postleitzahlen

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

***Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3599/2017): Wir haben heute bereits länger über Lärmschutz gesprochen. In Wohnquartieren macht es Sinn, den Lärm einzuschränken. Suchverkehr in der Nacht gilt es zu vermeiden. Es ist für mich deshalb unverständlich, wie der Stadtrat dieses Postulat ablehnen kann. Ich muss aber anmerken, dass dieser Entscheid noch in der alten Legislatur getroffen wurde und ich kann mir vorstellen, dass man heute etwas einsichtiger ist. Das Postulat genoss einiges an Wohlwollen, hatte aber einen Fehler, für den ich verantwortlich bin. Ich schrieb nämlich von Stadtkreisen, meinte aber eigentlich Postleitzahlen. Es macht in der Tat keinen Sinn von Stadtkreisen zu sprechen, weil das ein zu grosses Territorium wäre. Ich habe das Postulat deshalb neu mit den Postleitzahlen aufgelegt. In gewissen Postleitzahlen sind die Parkplätze überfüllt, während es in benachbarten Postleitzahlen ungenutzte Parkplätze gibt. Es gibt zwar Mischzonen, sie sind aber sehr klein und bringen nichts. Man wird sein Auto nicht weit weg von seinem Haus in einem anderen Quartier parken, denn man möchte ja möglichst nah von zuhause parken können. Wenn wir in dieser Sache mehr Toleranz zeigen, wird den Anwohnern geholfen und wir schützen sie dabei wirklich vor Lärm.*

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

***STR Karin Rykart Sutter:** Dieser Vorstoss wurde bereits vor einem Jahr im Rat behandelt und wurde damals mit 91 zu 26 Stimmen abgelehnt. Die Neuauflage entspricht dem genau gleichen Text, nur ist neu die Rede von Postleitzahlen. Auch die Argumente, die gegen den Vorstoss sprechen, sind noch dieselben. Die Verschiebung einer Zonengrenze führt automatisch zu einer neuen Grenzziehung und löst die angesprochene Problematik des Suchverkehrs nicht. Postleitzahlkreise mit wenigen Parkplätzen für Anwohnerparkkarten liegen zudem grösstenteils nebeneinander. Es handelt sich dabei um die Kreise 8002, 8003, 8004, 8005, 8006, 8008 und 8032. Der Verdrängungseffekt ist somit vorprogrammiert und das Ziel der Postulanten wird mit der vorgeschlagenen Variante nicht erreicht. Es wird lediglich der Suchradius vergrössert. Der Vorschlag ist keine nachhaltige Lösung. Selbst wenn wir in letzter Konsequenz das ganze Stadtgebiet als einzige Zone festlegen würden, käme es zum Suchverkehr. Diesen möchte man aber eigentlich verhindern.*

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) sagte, er möchte den durch Suchverkehr verursachten Lärm in der Nacht eindämmen. Die Anwohnerprivilegierung gilt aber in der Nacht gar nicht. Es ist nachts erlaubt, überall in der Blauen Zone zu parken. Man verhindert also keinen Suchverkehr, sondern sorgt nur dafür, dass an mehreren Orten Menschen ihr Auto länger parken dürfen. Man fasste die Gebiete nicht zusammen, weil man keine Binnenpendler fördern möchte. Es gibt auch die Möglichkeit der günstigen Besuchertageskarten, wenn man unbedingt einmal in einem anderen Kreis parken muss. Es scheint mir, als würden Sie Ihr Problem der angeblich überfüllten Blauen Zone damit lösen, dass Sie immer noch mehr Personen in den anscheinend so begrenzten Raum zulassen möchten. Dieser Widerspruch konnte noch nicht gelöst werden.

Andreas Egli (FDP): Die Anwohnerparkkarte heisst so, weil man auch tatsächlich da wohnt, wo man sein Auto parken kann. Für Menschen, die direkt an einer Kreisgrenze wohnen, besteht die Möglichkeit einer Anwohnerparkkarte für zwei Zonen. Es macht aus Sicht der FDP wenig Sinn, dass man mit einer Anwohnerparkkarte in der eigenen Zone keinen Platz findet und dann in der Nachbarszone suchen muss. Das bewirkt definitiv keine Reduktion des Suchverkehrs, sondern verstärkt diesen. Wir sind uns aber einig, dass es in gewissen Zonen zu wenig Blaue-Zone-Parkplätze gibt. Es ist aus unserer Sicht nicht ganz fair, dass so viele Anwohnerparkkarten verkauft werden, es in gewissen Zonen aber zu wenige Blaue-Zone-Parkplätze gibt. Wir lösen dieses Problem aber nicht, indem wir den Binnensuchverkehr in der Stadt fördern. Das macht keinen Sinn und schafft keinen einzigen zusätzlichen Parkplatz. Wir lehnen das Postulat deshalb ab. Die SVP muss konstruktivere Vorschläge für den Umgang mit den Parkplätzen finden. Findet sie diese, ist die FDP gerne ein Bündnispartner.

Dr. Pawel Silberring (SP): Wir lehnen das Postulat ab, auch wenn ich durchaus verstehen kann, dass es zu ärgerlichen Situationen an Zonengrenzen kommen kann. Mit einer Zonenausweitung verschieben wir das Problem aber nur. Im Postulat 2018/100 möchte die SVP eine grössere Ausnutzung der städtischen Parkplätze erreichen. In diesem Postulat heute sagen Sie aber, es gebe zu wenige Parkplätze. Das wirkt inkonsistent. Am meisten stört mich aber, dass mit dem Postulat der innenstädtische Binnenverkehr gefördert würde. Daran haben wir in der städtischen Verkehrspolitik garantiert kein Interesse.

Matthias Probst (Grüne): Mit diesem Postulat wird kein einziger zusätzlicher Parkplatz geschaffen. Der Suchradius und damit auch der Suchverkehr werden aber vergrössert. Das führt unter anderem auch zu mehr Ärger bei den Nachbarn der angrenzenden Zone. Die Blaue Zone ist generell eine überflüssige Erfindung, die langfristig abgeschafft werden muss. Es ist eine temporäre Parkfläche, auf der Menschen übergangsmässig ihr Auto auf öffentlichem Grund abstellen können, bis sie ihren eigenen Parkplatz gebaut haben. Es wird in Zukunft mehr geteilte Autos geben und wir werden Parkplätze abbauen können. Ihr Vorstoss reiht sich in eine veraltete Verkehrspolitik ein. Es wäre schön,

3 / 3

wir könnten am Umbau unserer Stadt arbeiten und nicht an Optimierungen von vergänglichen Lösungen, die wir sowieso aufheben werden.

Eduard Guggenheim (AL): *Das Postulat beinhaltet Sachen, über die man sich Gedanken machen kann. Eine stadtflächendeckende Erlaubnis ist aber kritisch. Wir können uns teilweise einen gegenseitigen Austausch von einer Zone in die benachbarte Zone vorstellen. Der Stadtrat müsste aber eine intelligente Lösung finden, wo das genau gelten soll. Die AL anerkennt Gründe dafür und dagegen und hat deshalb Stimmfreigabe beschlossen.*

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Ich stehe zu meinem Fehler und habe deshalb das Postulat mit den Postleitzahlen neu aufgelegt. Ich habe für das Postulat mit den Postleitzahlen einigen Zuspruch erhalten und es erstaunt mich deshalb, dass man heute nicht mehr darauf eingeht. Ich habe gesagt, der Suchverkehr störe nachts besonders und damit nicht gemeint, dass es nur um die Nacht geht. Das Argument mit dem Pendlerverkehr ist gesucht. Es ist unwahrscheinlich, dass der Pendlerverkehr steigen würde, nur weil man von einem Stadtkreis in den nächsten fahren und parken kann. In Zürich ist man vernünftig und nimmt das Auto nur dann, wenn es wirklich Sinn macht. In der Argumentation von STR Karin Rykart Sutter sagte sie indirekt, eigentlich sei nur die Abschaffung des Autos die Lösung. Matthias Probst (Grüne) formulierte dies dann explizit aus. Die Anti-Auto-Ideologie lässt ein solches Postulat nicht zu. Auch wenn das Postulat nicht überwiesen wird, taugt es als Denkanstoss. Vielleicht findet der Stadtrat auch ohne Postulat Lösungen, wie man dem Anliegen entgegenkommen könnte.*

Das Postulat wird mit 19 gegen 90 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat